

Europäische Regierungen: Unterdrückung und Kriminalisierung der Palästina-Solidarität mit Abschiebungen

Jodie Jones, mondoweiss.net, 21.04.25

Nicht nur pro-palästinensische Studenten in den USA sind von der Abschiebung bedroht. Auch Anti-Völkermord-Aktivist:innen in Deutschland und Griechenland sind derzeit von Abschiebung betroffen – ein beispielloser Schritt, um die Unterstützung der Bevölkerung für Palästina zu unterdrücken.

E-Mails zwischen den deutschen Abteilungen für innere Sicherheit und Migration zeigen, dass der verzweifelte und rechtswidrige Versuch, die vier abzuschieben, nur dazu führte, den deutschen Staat lächerlich zu machen. Ohne rechtliche oder migrationspolitische Grundlage wurden die ursprünglichen Anordnungen nicht unterzeichnet, bis dann Druck „von oben“ ausgeübt wurde. Am Freitag, 11. April, entschied ein deutscher Richter gegen die Abschiebung eines irischen Angeklagten, weil es dafür keine rechtliche oder verfassungsrechtliche Grundlage gab.

Im April 2025 entschieden griechische Verwaltungsrichter, die Anhörungen für mich und acht weitere Besitzer europäischer und britischer Pässe zu verschieben, die wegen unserer Solidaritätsaktionen mit Palästina abgeschoben werden sollen.

Wir neun wurden im Mai 2024 zusammen mit 19 griechischen Studenten im Zusammenhang mit der Besetzung der Athener juristischen Fakultät verhaftet. Als die sogenannte „Studentenintifada“ sich über den Globus verbreitete und unverhältnismäßige staatliche Reaktionen auslöste, war Griechenland das erste Land, das Abschiebungsbefehle gegen Anti-Völkermord-Aktivist:innen in Europa erließ.

Im Jahr 2024 wurden die neun Nicht-Griechen ausgesondert, als „Agitatoren von außerhalb“ bezeichnet, in den Medien verleumdet, mit Abschiebungsbefehlen belegt und in einem Abschiebegefängnis festgehalten. Nach einem erfolgreichen Einspruch für unsere Freilassung und nachdem wir von den verschiedenen Anklagen gegen uns freigesprochen wurden, gehen die rechtlichen Schritte gegen Griechenlands Versuch weiter, uns zu unterdrücken, zum Schweigen zu bringen und zu beseitigen.

Jetzt, fast ein Jahr später, und während internationalen Studenten in den USA das gleiche Schicksal droht, hat sich Deutschland diesem Vorgehen angeschlossen. Im März erließ das

deutsche Migrationsamt Abschiebungsanordnungen für vier nicht-deutsche Bürger aus Irland, Polen und Amerika.

Wie *The Intercept* berichtet 1, zeigen E-Mails zwischen den deutschen Abteilungen für innere Sicherheit und Migration, dass der verzweifelte und rechtswidrige Versuch, die vier abzuschieben, nur dazu führte, den deutschen Staat lächerlich zu machen. Ohne rechtliche oder migrationspolitische Grundlage für die Abschiebung wurden die ursprünglichen Anordnungen nicht unterzeichnet, bis dann Druck „von oben“ ausgeübt wurde. Am Freitag, 11. April, entschied ein deutscher Richter gegen die Abschiebung eines irischen Angeklagten, weil es dafür keine rechtliche oder verfassungsrechtliche Grundlage gab.

Giovanni Fassin, Direktor des *European Legal Support Centre (ELSC)*, sagte in einer Erklärung: „Die Dreistigkeit, mit der deutsche Behörden das Gesetz beugen und untergraben, ist beschämend.“ Das *ELSC* ist eine in den Niederlanden ansässige juristische Organisation, die Fälle von antipalästinensischer Repression auf dem gesamten Kontinent verteidigt.

Die gleiche Geschichte spielte sich in Griechenland ab, wo der Staat eine noch nie dagewesene juristische Gewalt anwandte, um die zionistische Unterdrückung durchzusetzen. Neben dem Entzug der Aufenthaltsgenehmigung und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit bezeichnete der Staat die Neun auch als „Gefahr für die Staatssicherheit“ und „unerwünschte Ausländer“, nicht nur um die Abschiebung zu beschleunigen, sondern auch um uns als gefährliche „Agitatoren von außen“ zu diffamieren. 2

Die Kluft zwischen den Rechtsauffassungen in der so genannten Strafjustiz sowie die harten Anordnungen der zentralen staatlichen Sicherheitsabteilungen, die in direktem Widerspruch zu den üblichen Verfahren und demokratischen Prozessen stehen, offenbaren das Ausmaß des rassistischen Einflusses, die Aushöhlung der staatlichen Autonomie und die rückgratlose Kollaboration Europas mit einem völkermordenden Staatsapparat.

Das harte Durchgreifen des griechischen Staates ist beispielhaft für die Haltung der Regierungen weltweit, die sich dem rassistischen Druck beugen und jede Form der Unterstützung der Bevölkerung für Palästina unterdrücken.

In einem Interview kommentierte der in Berlin ansässige Rechtsanwalt Alexander Gorski die ungeheuerliche Umgehung der üblichen Rechtsmittel, die von der amerikanischen und der deutschen Regierung eingesetzt wurden: „Was wir hier sehen, stammt direkt aus dem Drehbuch der extremen Rechten... man kann es auch in den USA und in Deutschland sehen: politischer Dissens wird zum Schweigen gebracht, indem der Migrationsstatus von Demonstranten ins Visier genommen wird.“3

Der letzte Punkt von Gorski ist von größter Bedeutung. Die Leichtigkeit, Fähigkeit und Geschwindigkeit, mit der scheinbar geschützte Rechte ausgehebelt werden, um eine beispiellose Unterdrückung zu ermöglichen, sollte jeden beunruhigen. Noch Besorgnis erregender ist die Duldung gesichtsloser „Befehle von oben“ in Verbindung mit der Bereitschaft, sich der rassistischen Agenda anzuschließen und sie durchzusetzen.

In Europa und insbesondere in Griechenland wird die Abschiebung schon seit langem eingesetzt, um den Widerstand gegen den Faschismus und die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. In Griechenland haben die antipalästinensischen Repressionen und Maßnahmen dazu geführt, dass Menschen heimlich und ohne Vorankündigung mit Strafen und Reiseverboten belegt wurden. In Athen erfuhren einige Mitglieder der Palästina-Solidaritätsbewegung, dass ihnen die Wiedereinreise in den Schengen-Raum untersagt wurde, nur weil sie mit den neun Abgeschobenen in Verbindung standen.

Zwei junge ägyptische Männer, die in Athen leben, wurden nach einer Reihe von rassistisch motivierten Verhaftungen, die mit der Ankunft einer „israelischen“ Sportmannschaft im November 2024 zusammenfielen, ebenfalls abgeschoben.

Während die 14 anderen Personen anschließend freigelassen wurden, befanden sich die beiden Ägypter wochenlang in Verwaltungshaft. Die beiden wurden daraufhin aus der Haft entlassen und setzen ihre jeweiligen Migrationsverfahren fort, um ihr rechtmäßiges Bleiberecht zu erwirken.

Darüber hinaus wurde im Dezember 2024 in Athen ein gemeinschaftliches Wandgemälde enthüllt, das für Bashar und Haytham, zwei Brüder aus Gaza, ein künstlerisches Denkmal setzt. Bashar kam 2017 nach Griechenland, wo er zwei Jahre lang blieb, bevor er nach Schweden reiste, um Asyl zu beantragen. Bashars Asylantrag wurde von den schwedischen Behörden abgelehnt und er wurde im September 2023 direkt zurück nach Gaza abgeschoben. Beide Brüder wurden anschließend in der von der Besatzung geführten Völkermordkampagne nach dem 7. Oktober ermordet. Das Wandbild erinnert den Betrachter daran, wie mörderisch die Grenzen Europas sein können – sowohl durch physische Gewalt an der Grenze als auch durch das politische Streben nach Absicherung. 3

Da der imperiale Bumerang nach Hause zurückkehrt, täten die europäischen Bürger also gut daran, sich gegen den allumfassenden Autoritarismus und die Repressionsinstrumente zu wappnen, die typischerweise gegen Menschen aus dem Globalen Süden eingesetzt werden.

Wie wir in Amerika sehen, haben die Angriffe auf ausländische Studenten aus Ländern des Globalen Südens begonnen. Am 8. März nahmen Beamte der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) Mahmoud Khalil – einen in Syrien geborenen Greencard-Inhaber – wegen sei-

ner Rolle bei den Palästina-Protesten an der Columbia University fest. Die US-Regierung erklärte offen, dass Khalil das erste von vielen Zielen in einer Kampagne sein würde, die erreichen soll, Studenten aus dem Ausland wegen ihrer Palästina-Proteste unrechtmäßig zu verhaften und abzuschieben, unabhängig von ihrem Aufenthalts- oder Migrationsstatus.

Im Gegensatz zu dem in Deutschland verkündeten Urteil entschied ein Gericht in Louisiana am 11. April, die Abschiebungsanordnung gegen Mahmoud Khalil zu bestätigen. Die Palästinsische Jugendbewegung verwies auf die Anwendung von Einwanderungsgesetzen aus der Ära des Kalten Krieges und meinte, die heftigen Repressionen seien ein Zeichen für die zentrale Bedeutung des palästinensischen Kampfes: „Mahmouds Fall und alle anderen zeigen uns, dass die Auseinandersetzung um den Gazastreifen im Mittelpunkt des Kampfes gegen den Faschismus und für die Rechte der Migranten und der Demokratie steht“.

Die Genehmigung von Khalils Abschiebung schafft einen gefährlichen Präzedenzfall, der sich wahrscheinlich auf die zahlreichen ausländischen Studenten auswirken wird, die seit Khalils Entführung am 8. März ebenfalls vom ICE angesprochen sowie festgenommen wurden und verschwunden und abgeschoben sind. In allen Fällen wurden den US-Studenten im Ausland ihre legalen, vom Staat ausgestellten Visa und Genehmigungen entzogen, um ihre Abschiebung zu erleichtern, was einen klaren Verstoß gegen die geschützten Rechte des ersten Verfassungszusatzes und die allgemeinen Rechtsgrundsätze darstellt.

Die unerhörte Verletzung von Rechten und grundlegenden Schutzmaßnahmen ist nicht neu. Nicht-weiße, nicht-europäische Menschen werden seit langem verfolgt, einfach weil ihre Identität angreifbar ist für die rassistische Polizeiarbeit sowie durch die Grenzen und die Verwaltungen Europas, die oft dazu benutzt werden, irreguläre Migranten von der Einreise nach Europa abzuhalten. Jetzt wird diese Macht, unabhängig von Herkunftsland oder Hautfarbe, genutzt, um jeden zum Schweigen zu bringen, der es wagt, die staatliche Komplizenschaft beim Völkermord, der Besetzung und Kolonisierung Palästinas in Frage zu stellen. Ein Beweis dafür ist die starke Zunahme der Kriminalisierung von Palästina-Solidarität und -Identität, die nach dem 7. Oktober sprunghaft angestiegen ist.

In Griechenland erklärt einer der neun Deportierten, der sich geweigert hat, zu seiner Anhörung vor dem Strafgericht zu erscheinen, dass es keine erkennbare Legitimität für das Vorgehen der griechischen „Strafverfolgungsbehörden“ gibt, die mehrfach gegen ihre Bemühungen um Solidarität vorgegangen sind:

„Als Abolitionist (urspr. Befürworter der Sklavenbefreiung) habe ich keinen Respekt vor der so genannten Autorität, den juristischen Verfahren oder der Rechtsprechung eines Staates, der in überwältigender Weise an der Beihilfe zum Völkermord in Gaza beteiligt ist. Wäh-

rend meiner Zeit in Athen habe ich Hunderte von Stunden in Polizeigewahrsam verbracht, weil ich mich mit der Sache und den Menschen in Palästina solidarisiert habe und ihnen nahestand. Jede einzelne Festnahme war ein direkter Verstoß gegen meine Rede- und Versammlungsfreiheit, und das in einem Land, das lächerlicherweise als Geburtsort der Demokratie bezeichnet wird.“

Diese Aussagen werden von dem griechischen Anwaltsteam, das den Fall der neun Personen bearbeitet, bestätigt: „In den Fällen, in denen es Proteste wegen der Palästinafrage gab, hat die griechische Regierung erschreckend überreagiert und die Polizei ohne jedes Maß und ohne Verhältnismäßigkeit und ganz sicher ohne demokratisches Verständnis das Protest- und Versammlungsrechts missbraucht“, sagte die Anwältin Annie Paparrousou in einem Interview nach der Anhörung vor dem Gericht der Athener juristischen Fakultät am 13. März. 5

Und in Deutschland berichten Anwälte dasselbe. „Was wir sehen, sind die härtesten Maßnahmen, die möglich sind, basierend auf Anschuldigungen, die extrem vage und zum Teil völlig unbegründet sind“, erklärte Gorski.

In all diesen Abschiebungsfällen wurden die geografischen und aufenthaltsrechtlichen Besonderheiten einer Handvoll Menschen ausgenutzt, indem sie als „Agitatoren von außen“ bezeichnet wurden, um eine Zustimmung zur Abschiebung zu erreichen. Dies folgt einem abgedroschenen und berechenbaren Narrativ, das seit jeher zur Dämonisierung von Migranten und „unerwünschten Ausländern“ eingesetzt wird.

Solche staatlichen Einschnitte haben dennoch Einfluss. Diese aggressiven Handlungen müssen durch überwältigende Empörung und Unterstützung für die Verfolgten überwunden werden. Die Menschen haben die Pflicht, den Missbrauch von Macht und Steuergeldern durch ihre Regierung zu verurteilen. Vor allem aber hat diese die Pflicht, die Maßnahmen zurückzunehmen.

Jeder Abschiebungsbefehl offenbart nur die Schwäche und Feigheit jedes Landes, das bereit ist, solche Papiere zu unterzeichnen. Es zeigt, was bekannt ist: Staatliche Strukturen sind nicht dazu bestimmt oder in der Lage, Gerechtigkeit herzustellen oder die Demokratie aufrechtzuerhalten, sie wiederholen die gleichen faschistischen Ausdrücke wie das intolerante israelische Regime.

Im Gegensatz zu den Menschen, die Risiken auf sich nehmen, um sich ehrenhaft an die Seite Palästinas zu stellen, verlassen sich die staatlichen Rechtssysteme – von der Polizei bis zum Gericht – auf faule Schlupflöcher und „Gesetzesreformen“, um die faschistische Kontrolle zu erleichtern. Als politisches Mittel, um die Palästina-Solidaritätsbewegung zu bedrohen, wird Abschiebung jedoch nicht funktionieren.

Engagierte Kämpferinnen und Kämpfer betrachten rechtliche Konsequenzen nicht als Abschreckung, sondern einfach als Indikator für eine störende Wirkung und als potenzielle Plattform, von der aus unterdrückerische Machtstrukturen herausgefordert und abgebaut werden können. Legalität war noch nie der moralische Kompass in revolutionären Kämpfen. Diese stehen vielmehr im Gegensatz zum Verhalten hinterhältiger staatlicher Akteure, die durch Gruppen von Menschen, die selbstorganisiert politische Aktionen für Palästina unternehmen, in ihren Grundfesten erschüttert werden.

1 <https://theintercept.com/2025/03/31/germany-gaza-protesters-deport/>

2 <https://elsc.support/news/the-audacity-with-which-german-authorities-bend-and-undermine-the-law-is-shameful>

3 <https://theintercept.com/2025/03/31/germany-gaza-protesters-deport/>

4 https://www.instagram.com/reel/DHF_yZ2I4Ua/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRlODBiNWFlZA%3D%3D

5 <https://thepressproject.gr/athooi-me-symfoni-gnomi-dikasti-kai-eisangelea-oi-28-syllifhentes-tis-katalipsis-tis-nomikis-se-allilengyi-ston-palaistiniako-lao/>

Quelle: <https://mondoweiss.net/2025/04/how-european-governments-are-using-deportation-to-disrupt-and-criminalize-palestine-solidarity/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de